

BBB-Pressemitteilung vom 1. Dezember 2023

Tarifverhandlungen TV-L

Terminankündigung: „Wir sind ausgelaugt!“**4. Dezember 2023, ab 11.00 Uhr****Mahnwache auf dem Münchener Odeonsplatz****Mitarbeiter im öffentlichen Dienst fordern Verbesserungen beim Gehalt**

Bevor am 7. Dezember 2023 die dritte und entscheidende Verhandlungsrunde in der Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst der Länder beginnt, treffen sich die Beschäftigten auf dem Münchner Odeonsplatz, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

Die Arbeitnehmervertreter fordern 10,5% mehr Lohn, mindestens aber 500,- Euro. Die ersten beiden Verhandlungsrunden sind ohne Angebot der Arbeitgeber verstrichen. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rainer Nachtigall fordert: „Wir brauchen konkurrenzfähige Beschäftigungsbedingungen!“ Der BBB organisiert neben Beamtinnen und Beamten auch Tarifbeschäftigte.

Odeonsplatz vor der FeldherrnhalleTreffpunkt ab 11.00 UhrKundgebung mit Ansprache um 12.00 Uhr

Redner:

- Rainer Nachtigall, Vorsitzender des BBB
- Cornelia Deichert, Stellvertretende Vorsitzende dbb-Bundestarifkommission
- Jürgen Köhnlein, DPoIG-Vorsitzender
- Georg Thumbeck, Vorsitzender des BBB-Tarifausschusses

Unter anderem werden vertreten sein:

- Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV)
- Bayerischer Realschullehrerverband (brlv)
- Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)
- Deutsche Verwaltungsgewerkschaft (DVG)
- Katholische Erziehergemeinschaft (KEG)
- Komba Gewerkschaft Bayern (KOMBA)
- Verband der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten (JVB)
- Verband der Straßenwärter Bayern (VDStra)
- Verband der Ingenieure der Landentwicklung in Bayern (VIL Bayern)

Der BBB ist der bayerische Landesbund des dbb beamtenbund und tarifunion und organisiert insgesamt rund 200.000 Mitglieder im bayerischen öffentlichen Dienst, sowohl aus dem Beamten- als auch aus dem Tarifbereich. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen wird üblicherweise auf die Beamtenbesoldung und -versorgung zeit- und wirkungsgleich übertragen. Daher hat der BBB alle Beschäftigten aufgerufen, sich an Protestaktionen (gegebenenfalls in der Freizeit) zu beteiligen.